

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1934

98 (27.4.1934)

Er scheint täglich mit Ausnahme der Feiertage
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Anzeiger frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.25 zuzüglich 36 Pfg. Postzuschlag. Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluss Nr. 465
Postfach-Konto:
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 46 mm breite Millimeter-Zeile 5 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 15 Goldpf.
Grundchrift im Anzeigen- und Zeitteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Verurteilung erlischt.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.
Bank-Konto:
Bereinsbank Sinsheim e. G. m. b. H.
Giro-Konto:
Spart- u. Waisenkasse Sinsheim (öffentl. Sparkasse)

Nr. 98.

Freitag, den 27. April 1934.

95. Jahrgang

Japans politische Ziele.

Ein Interview mit dem japanischen Botschafter in Berlin.

Berlin, 27. April. Der japanische Botschafter in Berlin, Nagai, gewährte einem Vertreter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung eine Unterredung, in der sich der Botschafter eingehend über aktuelle Fragen der japanischen Politik äußerte.
Auf die Frage, wie der Botschafter die Lage Mandschuens gegenüber China und Sowjetrußland beurteile, antwortete Excellenz Nagai: Die Verhältnisse in China liegen heute noch nicht so, daß eine gesunde innerpolitische und wirtschaftliche Fortentwicklung im ganzen Reich möglich wäre. Die Regierung in Nanjing ist noch nicht in der Lage, ihren Einfluß auf alle Provinzen geltend zu machen, was ohne weiteres aus den ständigen Wirren und Unruhen und aus der Bildung neuer Kräftezentren hervorgeht. Die Errichtung eines selbständigen Staates Mandschuens, namentlich verstärkt durch Ausrufung zum Kaiserreich, stellt daher eine politische und wirtschaftliche Konsolidierung in diesem Lande dar, welche es unabhängig von den Ereignissen machen sollte, die sich in China aus der dort herrschenden Chaos bedingten Unsicherheit ergeben. Die japanische Regierung ist verpflichtet, das Verhältnis zwischen Mandschuens einerseits und den beiden großen Nachbarn Mandschuens, der Sowjetunion sowie China, andererseits aufmerksam zu verfolgen und alles zu tun, was einer ruhigen Fortentwicklung des Friedens in Ostasien dienen kann. Ich möchte dazu anführen, daß die allgemeinen Beziehungen zwischen Japan und China auf dem Wege der Besserung sind, daß Japan sich bestrebt, eine Verständigung mit China herbeizuführen, und keineswegs die Hoffnung auf ein Gelingen dieser Bestrebungen aufgibt. Japan hat kein Interesse daran, Rußland im Fernen Osten entgegenzutreten, da die japanische Politik daselbst nur auf die Erhaltung des Friedens zielt und keine Spitze gegen die Union hat. Denn der gesicherte Friede in diesen Gebieten ist für Japan ein Lebensinteresse.
Auf die Frage, ob der Botschafter glaube, daß durch die russischen Rüstungen im Fernen Osten Verwicklungen entstehen könnten, antwortete Excellenz Nagai: Ich kann sagen, daß, was Japan betrifft, Rußland keine Unterredung zu befürchten hat, sofern es selbst alles unterläßt, was auf eine Erhöhung der Lage hinauslaufen könnte.
Die nächste Frage, die Excellenz Nagai vorgelegt wurde, bezog sich auf den Ausbau der japanischen Seestreitkräfte. In dieser Frage wurde gleichzeitig die Stellung Japans zum Völkerbund erörtert. Was den Völkerbund anbelangt, so hätte Japan gehofft, daß er der besonderen Lage des Fernen Ostens und der dadurch natürlicherweise bedingten Stellung Japans Verständnis entgegenbringen würde. Aber die Ignorierung dieser Sachlage durch den Völkerbund habe Japan veranlaßt, aus dem Völkerbund auszutreten. Ich betone aber ausdrücklich, so fuhr der Botschafter fort, daß Japan nicht etwa grundsätzlich ablehnend gegen den Völkerbundsgedanken und den Völkerbund selbst eingestellt ist.
Japan legt den größten Wert auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Weltfriedens. Nach wie vor beteiligt sich Japan an den Abrüstungsverhandlungen und ist in diesen Verhandlungen im höchsten Maße interessiert. Japan wird unentwegt keine auf den Frieden gerichtete Politik fortsetzen.

Essentialität mit dem Gedanken eines Krieges mit Japan vertraut macht.
Man weist besonders darauf hin, daß die japanischen Zeitungen die Kanalarbeit der amerikanischen Flotte als einen Fehlschlag bezeichnen, da sie länger als einen Tag dauern würde.
Der amerikanische Botschafter bei Hirota
Tokio, 27. April. Auch der amerikanische Botschafter hat nunmehr den japanischen Außenminister Hirota aufgesucht und ihn um Aufklärung über die japanische Chinapolitik gebeten.
In der japanischen Presse macht sich jetzt die Meinung bemerkbar, weiteren Erörterungen über diese Frage aus dem Wege zu gehen, nachdem die japanischen Erklärungen in der Chinafrage im Ausland eine so starke Wirkung hervorgerufen haben. Es wird aber darauf hingewiesen, daß die auswärtigen Mächte „die ehrlichen Motive“ Japans anerkennen. In übrigen gibt man zu, daß die Veröffentlichung der in Frage stehenden Erklärung unangelegentlich gewesen sei.

Auch Belgien gegen Frankreich!

Brüssel, 27. April. Der italienische Staatssekretär Ciano hat auf seiner Rückreise von London gestern in Brüssel Station gemacht und dabei Gelegenheit genommen, mit der belgischen Regierung eine Aussprache über die Abrüstungsfrage herbeizuführen. Dieser Besuch ist, wie amtlich mitgeteilt wird, auf ausdrücklichen Wunsch der belgischen Regierung erfolgt, was der ganzen Angelegenheit eine besondere Bedeutung gibt.
Die Besprechungen Cianos mit dem belgischen Ministerpräsidenten de Broqueville und dem Außenminister Homans dauerten mehrere Stunden und ergaben erneut die Bestätigung, daß sich der belgische Standpunkt in der Abrüstungsfrage stark dem italienischen und englischen Standpunkt genähert hat. Auch in der Beurteilung der letzten französischen Note scheint eine große Übereinstimmung zwischen den drei Hauptstädten zu herrschen.
In diplomatischen unterrichteten Kreisen der belgischen Hauptstadt erklärt man, daß sich die belgische Haltung seit der letzten Erklärung de Broquevilles nicht geändert habe und daß der französische Standpunkt seitens der belgischen Regierung nicht geteilt werden könne.
Mit eventuellen Maßnahmen, die Frankreich in Genf gegen Deutschland vorschlagen würde, werde sich Belgien keinesfalls einverstanden erklären.
Belgien sehe sich jetzt vor die Wahl gestellt, sich entweder einem aus Frankreich und der kleinen Entente gebildeten Block anzuschließen oder England und Italien zu folgen. Es sei klar, so betont man sogar in amtlichen Kreisen, daß Belgien keine traditionelle Politik des Zusammengehens mit England verfolgen und die gegenwärtige Politik Frankreichs nicht mitmachen werde.
Belgien folge dieser Linie, um auf jeden Fall ein Betrüben zu vermeiden.
Bemerkenswert ist, daß auch vlämische Kreise sich für ein Zusammengehen mit England einsetzen würden, wenn es sich um ein Entweder — Oder handelte.

Abkommen zwischen Mexiko und den USA
New York, 27. April. In Mexiko-Stadt unterzeichneten nach zehnjährigen Verhandlungen der mexikanische Außenminister und der Botschafter der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Daniels ein Abkommen über die gegenseitigen Schadenersatzforderungen, die aus dem Kriegsjahr 1867 herrühren. Das Abkommen sieht weiter vor die Schaffung eines Sonderkomitees innerhalb der nächsten zwei Jahre für Verhandlungen über die amerikanischen Schadenersatzforderungen, die aus den mexikanischen Revolutionen von 1910 bis 1920 herrühren.

Furtwängler von Mussolini empfangen
Rom, 27. April. Wilhelm Furtwängler wurde von Mussolini empfangen, der sich mit ihm längere Zeit über musikalische Fragen aus sprach.
Anlässlich dieser Audienz schreibt der „Tevere“, die beiden römischen Konzerte der Philharmoniker, die eines der hervorragendsten, wenn nicht das hervorragendste deutsche musikalische Institut darstellten, gingen in ihrer Bedeutung über ein einfaches künstlerisches Ereignis hinaus. Sie seien der Ausdruck einer der reichsten musikalischen Traditionen, die es geben könnte. Der Besuch Furtwänglers beim Duce bedeute daher höchste Anerkennung und bezeuge das lebhafteste Interesse, das der Duce für die führenden Männer und Ereignisse des musikalischen Lebens immer bewiesen habe.

Warmzustand in Spanien

Bombenanschlag auf den spanischen Innenminister.
Madrid, 27. April. Gegen den spanischen Innenminister wurde am Mittwochabend in der Innenstadt von Madrid ein Bombenanschlag verübt. Der Anschlag erfolgte in dem Augenblick, als der Minister seinen Kraftwagen besetzen wollte. Bei dem Anschlag scheint niemand verletzt worden zu sein. Die spanische Regierung hat von dem ihr durch den Staatspräsidenten zugestandenen Recht Gebrauch gemacht und über ganz Spanien den Alarmzustand verhängt.

Schlacht am Panama-Kanal! Enthüllte japanische Angriffspläne gegen USA — Der Sinn der amerikanischen Flottenmanöver

New York, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Die amerikanische Flotte hat den Versuch unternommen, die im Stillen Ozean stationierten 11 großen Kampfschiffe innerhalb 24 Stunden durch den Panamakanal in den Atlantischen Ozean zu befördern. Nach der Durchschlebung, die in der vorgeschriebenen Zeit gelang, gaben die Marinebehörden in Colon bekannt, daß die Kanalschleusen von jetzt ab, mindestens bis zur Rückkehr der Flotte im November scharf bewacht werden, während sie bisher Tag und Nacht frei zugänglich waren.
Diese Manöver der amerikanischen Flotte sollen nach den aussagekräftigsten Berichten der amerikanischen Presse einen sehr ernsthaften Hintergrund haben und im Zusammenhang mit einem japanischen Ueberfallplan stehen.
Dieser Plan, der, bis ins kleinste Detail ausgearbeitet, in die Hände der Amerikaner gelangte, sieht einen japanischen Ueberfall auf den Panamakanal vor. Mit Hilfe der vielen tausend Japaner, die auf Hawaii leben, soll diese Insel, sowie die benachbarten Inseln zu einem festen Stützpunkt für die japanische Flotte gewonnen werden. Von hier aus sollen Minenfelder gelegt werden um den südlichen Teil des pazifischen Ozeans abzusperren so daß eine Annäherung für die amerikanischen Großkampfschiffe fast unmöglich ist. Zur gleichen Zeit sollen zwei japanische Schiffe unter neutraler Flagge den Panamakanal durchfahren und dann in der Nähe der großen Schleusen versenkt werden, was bedeuten würde, daß der Kanal gründlich gesperrt wäre.
Die Manöver der amerikanischen Flotte zielen nun dahin, diesen japanischen Plan unmöglich zu machen. Außer der scharfen Bewachung des Panamakanals sollen nun fortlaufend Minenuchtschiffe vor der Einfahrt des Kanals patrouillieren. Diese Minenuchtschiffe sind groß genug, um gleichzeitig als Flugzeugmutterchiffe zu dienen, so daß auch die Flugzeuge in die Abwehr eingestellt werden.
Mag man auch diese Veröffentlichungen der amerikanischen Presse teilweise als Sensationsmacherei ansehen, so beweist die ganze Angelegenheit doch, in welchem Umfange sich bereits die amerikanische

Barthou in Prag
Prag, 27. April. Der französische Außenminister Barthou traf am Donnerstag um 9 Uhr mit dem Warschauer Schnellzug ein.

Ein Baltienbund?

Kowno, 27. April. Die litauischen Gesandten in Neva und Riga überreichten am Donnerstag im Auftrage ihrer Regierung der estländischen und der lettlandischen Regierung eine Denkschrift, in der die litauische Regierung in bestimmter Form ihre Ansicht in Angelegenheit der Solidarität und der weiteren Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten äußert.
Hierzu sei bemerkt, daß seit einigen Monaten wieder Bestrebungen im Gange sind, einen engeren Zusammenschluß zwischen den baltischen Staaten herbeizuführen. In besonderer Weise Lettland und Estland in dieser Richtung sehr aktiv. Diese Bemühungen fanden indessen bei Litauen immer eine gewisse Zurückhaltung, vor allem wegen der ungeklärten Lage Lettlands und Estlands in der Wilna-Frage. Auch der vor kurzem ausgebrochene Eisenbahnstreik zwischen Litauen und Lettland, der bekanntlich zur Sperre des Verkehrs über Moshajiti führte, zeigte mit aller Deutlichkeit, welche Hindernisse auch auf wirtschaftlichem Gebiet noch zu überwinden sind, ehe die Verwirklichung eines Gedankens eines engeren Zusammengehens unter den baltischen Staaten greifbare Formen annehmen könnte. Bezeichnenderweise waren die Stimmen, die für eine Annäherung der baltischen Staaten Propaganda machten, in den letzten Wochen sowohl in Lettland und Estland wie auch in Litauen mehr oder weniger verstummt.
Gegenüber der Veröffentlichung der lettischen Telegrammentur über den Vorschlag der Sowjetunion für ein deutsch-russisches Protokoll zur Garantie der Unabhängigkeit der baltischen Staaten wird in Berlin eine längere Darstellung veröffentlicht, durch die die Zumutung einer Bedrohtheit dieser Staaten ohne ein solches Protokoll zurückgewiesen und bezüglich des deutsch-sowjetischen Verhältnisses nachdrücklich auf den erst im vorigen Jahr ratifizierten Berliner Vertrag verwiesen wird. Es heißt in dieser amtlichen deutschen Stellungnahme u. a.:
Es ist schon eine auffallende Tatsache, daß Herr Litwinow mit einem Projekt zur Sicherung des Bestandes der baltischen Staaten an die deutsche Regierung herantritt, das er, wie allgemein bekannt, noch vor kurzem mit einer anderen Regierung verfolgt hat. Diese Initiative ist in der Öffentlichkeit vielfach als eine Aktion mit politischer

Spitze gegen Deutschland aufgefaßt worden. Es ist für die deutsche Regierung einigermaßen überraschend, daß die Sowjetregierung diesen Plan jetzt in der Form eines deutsch-sowjetischen Paktess verwirklichen möchte.
Aber auch ganz abgesehen von dieser Vorgeschichte und von der Frage, wie sich die baltischen Staaten selbst zu dem Projekt gestellt haben oder stellen würden, ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß der Vorschlag jeder realpolitischen Grundlage entbehrt. Wenn die deutsche Regierung und die Sowjetregierung zum Zwecke der Besserung ihrer Beziehungen eine besondere vertrauliche Verpflichtung hinsichtlich der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der baltischen Staaten eingehen wollten, so legt das sinngemäß doch voraus,
daß diese Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit ohne solche ausdrückliche Bindung von einem der beiden Kontrahenten bedroht werden könnte. Die deutsche Regierung nimmt nicht an, daß mit einer derartigen Bedrohung von Seiten der Sowjetunion zu rechnen wäre; selbstverständlich kann sie es aber ebensowenig zulassen, daß ihr selbst in irgend einer Weise Absichten und Möglichkeiten dieser Art unterstellt werden. Die Richtlinien der deutschen Politik im Osten sind von dem Herrn Reichskanzler bei den verschiedensten Anlässen öffentlich in voller Klarheit dargelegt worden, und die deutsche Regierung muß jeden Versuch, die Aufrichtigkeit dieser Politik in Zweifel zu ziehen, kategorisch zurückweisen.
Wenn aber so die Möglichkeit einer Bedrohung der baltischen Staaten von Seiten Deutschlands und der Sowjetunion ausscheidet, so bliebe als realer Anlaß des vorgeschlagenen Paktess nur die Möglichkeit, daß die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit dieser Staaten von Seiten dritter Mächte gefährdet werden könnten. Auch eine solche Annahme entbehrt nach Ansicht der deutschen Regierung jeglicher Grundlage. Die deutsche Regierung vermag deshalb nicht zu sehen, inwiefern Deutschland und die Sowjetunion einen Grund haben könnten, die Rolle von Schutzmächten der baltischen Staaten zu übernehmen.

rückzugswünschen des Auslandes bis zum Wechselluft nachgekommen ist, den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank auf einen ganz geringfügigen Betrag herabsinken lassen.

Zwei unserer größten Gläubigerländer, England und die Vereinigten Staaten von Amerika, haben durch eine Entwertung ihrer Währung unsere Ausfuhr auf das Empfindlichste erschwert.

indem sie uns auf den eigenen und an fremden Märkte unterbieten. Die überall eingeführten Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen haben unseren Export weiterhin um überwindliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Trotz aller dieser Hemmnisse hat Deutschland bis zum Juni 1933 seine geldlichen Verpflichtungen an das Ausland in fremden Zahlungsmitteln voll erfüllt.

Daß auch eine Fortsetzung der gegenwärtigen teilweisen Erfüllung in fremder Währung nicht mehr möglich ist.

Um die völlige Transfer-Unfähigkeit Deutschlands festzustellen, wäre es natürlich nicht nötig gewesen, eine internationale Konferenz zu bemühen; denn die Tatsachen liegen für jedermann klar auf der Hand.

Da die Wiederbelebung des Welthandels abhängig ist von einer vernünftigen Regelung der Schuldenfrage, ist es notwendig, das Schuldenproblem entschlossen in Angriff zu nehmen.

Gerade die jüngste Entwicklung zeigt mit völliger Klarheit, wie der Block der alten Schulden sich einer internationalen Geschäftsbelebung entgegenseht.

Angesichts dieser Sachlage erscheint es nur vernünftig das Problem auch von der zweiten Seite anzupacken, nämlich den Strömungen, die von den notleidenden alten Schuldern auf die Weltwirtschaft ausgehen, dadurch entgegenzuarbeiten.

Eine solche Zinsherabsetzung würde nicht nur die Kapitalforderungen des ausländischen Privatgläubigers innerlich besser machen, sondern sie würde angesichts des niedrigeren Weltzinsniveaus auch moralisch gerechtfertigt sein.

Beitragsentung bei der Arbeitsfront Endgültige Mitgliederstrecke ab 1. Mai?

Berlin, 27. April. Das Presse- und Propagandamt der A.S.B.D. und der Deutschen Arbeitsfront erläßt folgenden Aufruf:

Arbeitskameraden! Der 1. Mai steht vor der Tür und mit ihm zwei bedeutende Ereignisse:

- 1. Beitragsentung, 2. die in Aussicht genommene endgültige Schließung der Mitgliederlisten zur Deutschen Arbeitsfront.

Wollt ihr Euch ausschließlich von der gewaltigen Front der deutschen Arbeit? Wollt ihr nicht tätige am Aufbau unseres deutschen Staates mitarbeiten und damit Euch selbst, Eurem Heim und Eurer Familie den Platz im deutschen Arbeitsstaat zuweisen und sichern, der Euch zukommt?

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront hat als Sachwalter der großen sozialistischen Volksidee Adolf Hiltner die 22 Millionen deutsche Volksgenossen, die heute schon in der Deutschen Arbeitsfront stehen und in einer unerschütterlichen Gemeinschaft der Arbeit zusammengeschweißt sind, von Sklaven der Arbeit zu ichtigkeitsverbundenen Volksgenossen und Arbeitskameraden gemacht.

Wir sind ein Volk von Arbeitern, und keine Macht der Welt kann den festgelegten Wod wieder auseinanderreißen. Darum gehört auch Du, Arbeitskamerad, der Du bisher der D.A.F. fern bliebst, zu uns.

In aller nächster Zeit wird die Neuregelung der Beiträge, die außer einer Ermäßigung die Neueinrichtung der Beitragskassen vorsieht, bekanntgegeben werden. Zugleich

jaun dann zu laufen und ländete in seinen ausgedehnten Armen. „Felix! Felix!“

Er umfing sie und drückte das Gesicht in ihr Haar. Und während sein ganzer Körper bebte, flüsterte eine süße Stimme zum zweiten Male: „Felix! Felix!“

„Da hab er auf und ließ den Blick über sie hingehen. „Wirst du Geduld haben mit mir, Christa? Willst du mir verzeihen helfen, was einmal war?“

„Ich komme mit dir!“ sagte sie und legte ihre Wangen gegen die seine. „Was uns auch für die Zukunft bestimmt sein mag, wir wollen es gemeinsam tragen. Denn sieh, Felix, jeder bekommt einmal sein Kreuz aufgelegt, ob früher oder später, es bleibt niemandem erspart. Du hast das deine bis zur Vollendung getragen. Wer es aber bis zur Vollendung gebracht hat, der hat Anrecht auf alle Seligkeit.“

„Auf alle Seligkeit mit dir, Christa!“

„Ja, Felix! Was ich dir an Glück zu geben vermag, das werde ich geben bis zur letzten Minute meines Lebens.“

Über ihnen blaute der Himmel und unter ihnen rauschte das Meer, und sie gingen Hand in Hand nach der Höhe, die ganz in Glut und Sonne prunkte: Zwei Menschen, die von Anbeginn füreinander bestimmt waren.

— Ende. —

werden Saktionen und Gegenleistungen verhandelt. Die zuständigen Ortsgruppen sind durch telefonischen Anruf bei den Kreisbetriebszellenabteilungen in Erfahrung zu bringen.

Lohnzahlung am 1. Mai

Berlin, 27. April. Das Ende Februar verabschiedete Gesetz über die gesetzlichen Feiertage sah unter Aufhebung der im vorigen Jahre ergangenen Vorschriften ausdrücklich vor, daß der 1. Mai künftig als gesetzlicher Feiertag zu gelten habe.

Das nun erlassene Gesetz über die Lohnzahlung am nationalen Feiertag des deutschen Volkes (1. Mai) läßt dort, wo bereits am 1. Mai Tarifordnungen oder Betriebsordnungen oder Dienstordnungen des öffentlichen Dienstes die Bezahlung ausfallender Arbeitszeit an Wochentagen vorsehen, diese Vorschriften für den 1. Mai gelten.

Die Bilanz des Reichsberufswettkampfes

Eine Bilanz des Reichsberufswettkampfes wird jetzt im „Informationsdienst“, dem amtlichen Organ der Deutschen Arbeitsfront, gezogen. Es heißt darin u. a.: Es soll hier nicht gesprochen werden von der unabsichtlichen, aber wohl durchschlagendsten Propaganda, die je für die Idee des deutschen Handwerkes getrieben wurde.

Gauleiter Robert Wagner in Mannheim.

Die Aufgaben der PD.

Mannheim, 27. April. Gauleiter Robert Wagner sprach am Mittwochabend im Nibelungenaal des Hofen garthens vor 6000 politischen Leitern und Amtswaltern des Kreises Mannheim über die Aufgaben der PD.

Kreisleiter Dr. Roth wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß von den 300 000 Einwohnern des Kreises 60 bis 70 000 in die Organisation der Partei eingeschlossen sind.

Der Gauleiter Robert Wagner nahm dann, sämlich begrüßt, das Wort, um etwa folgendes auszuführen: Unser Volk hat zu allen Zeiten in seinem kulturellen und wirtschaftlichen Schaffen große Männer hervorgebracht und zugleich die größten Leistungen der Geschichte aller Völker.

Die eigene Schöpfung ist die primäre Aufgabe vor der Erziehung des Volkes. Nicht jeder, der das Abgezeichnet trägt, hat Anspruch darauf, als Nationalsozialist gewertet zu werden.

Der Fachmann-Politiker wird geschaffen werden. Diese Aufgabe ist nicht leicht. Von ihrer Lösung hängt das Schicksal des deutschen Volkes ab.

- 1. Niemand mehr wird sich die NSDAP in ihrer PD die politische Führung in Deutschland entreißen lassen, keine andere Weltanschauung lassen wir ankommen, außer der nationalsozialistischen, und niemals werden wir dulden, daß das Volk sich auflöst in Parteien. 2. Die politische Führung innerhalb der Bewegung bleibt immer und ewig das Primat der PD.

Die eigene Schöpfung ist die primäre Aufgabe vor der Erziehung des Volkes. Nicht jeder, der das Abgezeichnet trägt, hat Anspruch darauf, als Nationalsozialist gewertet zu werden.

Die Völkerschicksale ruhen nicht auf äußeren Dingen wie Wirtschaft und Geld. Die Grundlagen werden immer geistiger Natur sein.

Erziehung zu Leistung für das Volk, zur Eingabe, zum Idealismus, zu Liebe, Opfer und Kampf ist unsere Aufgabe. Wir dulden weder Angriffe von Seiten des Marxismus, des Kommunismus noch der politisierenden Kirchen und der Reaktion.

Die nationalsozialistische Umstellungsarbeit ist jedoch, so führte der Gauleiter weiter aus, nicht am Ende, sie steht erst am Anfang.

Der Reichsportführer in Lahr und Freiburg

Lahr: Annähernd 2000 Turner und Sportler, SA, SS und NSDAP bereiteten dem Reichsportführer von Lohammer und Otten, der mit einhundertjähriger Versipatung kurz vor 6 Uhr auf der fahngeschmückten Stadtparkwiese eintraf, einen überaus herzlichen Empfang.

Freiburg: Zu einer gewaltigen Kundgebung hatten sich die Sportvereine mit ihren Fahnenabteilungen am Mittwochabend im Freiburger Unterstadion eingefunden um dem Führer des deutschen Sports in kurzen Auschnitten ein Bild der Leibesübungen in der äußersten Südwestecke des Reiches zu übermitteln.

Im Laufe des Nachmittags setzte der Reichsportführer dann die Reise über den Feldberg und Singen nach Konstanz fort.

Die Schwarzwaldd-Maitanne in Berlin

Wie aus Berlin gemeldet wird, wurden die Schwarzwaldder Holzhaner, die unter Führung des Försters Witt-

kannt hat, was seine Jugend — vielleicht unbewußt — beispielhaft vorgelebt hat: die Notwendigkeit der Ausschöpfung der letzten Anlagen und Möglichkeiten, die dem arbeitenden deutschen Menschen gegeben sind.

Die politische und psychologische Bedeutung des Berufswettkampfes acht weiter. Es ist heute möglich, die gesamte deutsche Jugend — das hat eine fast 90prozentige Beteiligung erwiesen — nach jeder Richtung hin zu erfassen und zu führen.

Der Nationalsozialismus proklamiert und garantiert das Recht auf Arbeit. Das weiß die Jugend. Aber sie weiß auch, daß wir mitten im Kampfe stehen, ein kleines Volk auf einer großen Erde.

Berlin, 27. April. Das Schwurgericht verurteilte am Donnerstag den Angeklagten Bogelmann, der seine Großmutter, die Witwe Ernestine Andryjewski, im Dezember 1933 ermordet und beraubt hatte, zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

mann die Riesentanne aus dem Forbacher Forstbezirk im Sonderzug nach Berlin geleitet haben, am Mittwoch vom Leiter des Amtes „Volkstum und Heimat“ P. Haverbeck, herzlich begrüßt.

Der Transport wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit den neuen Transportwagen der Reichsbahn durchgeführt, die die Waggons, welche den Baum hierher gefahren haben, tragen.

Wer keine Zeitung liest, handelt fahrlässig Das Berliner Sondergericht hatte sich kürzlich in drei Prozessen mit Personen zu beschäftigen, die sich gegen die Bestimmungen der verschiedenen Devisen-Verordnungen und des sogenannten Volksverratsgesetzes vom 12. Juni vorigen Jahres vergangen haben.

In den beiden ersten Fällen handelt es sich um zwei alte Frauen, die ihre Ersparnisse oder ererbte Beträge im Auslande zu liegen haben, ohne diese Vermögenswerte den zuständigen deutschen Stellen bekanntzugeben.

Die Berliner Sondergerichte: Das Gericht habe lange geprüft, ob es sich in den vorliegenden Fällen um vorläufiges oder fahrlässiges Vergehen handelt. Das Gericht stellte sich aber auf den Standpunkt, daß bei einem vorläufigen Handeln das Bewußtsein notwendig sei, gegen ein Gesetz zu verstoßen.

Die eigene Schöpfung ist die primäre Aufgabe vor der Erziehung des Volkes. Nicht jeder, der das Abgezeichnet trägt, hat Anspruch darauf, als Nationalsozialist gewertet zu werden.

Die Berliner Sondergerichte: Das Gericht habe lange geprüft, ob es sich in den vorliegenden Fällen um vorläufiges oder fahrlässiges Vergehen handelt. Das Gericht stellte sich aber auf den Standpunkt, daß bei einem vorläufigen Handeln das Bewußtsein notwendig sei, gegen ein Gesetz zu verstoßen.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, den 27. April.

Beerdigung. Gestern wurde hier seit über 4 Jahrzehnten im Dienste der inneren Mission (Augsburger Mission) gestandene Reiseprediger Wilhelm Bender zu Grabe getragen.

ep Vorbereitungen für die Kantatefeier am 29. April. Die Anregung des Reichsverbandes für evangelische Kirchenmusik, den Sonntag Kantate (29. April) als einen Tag der evangelischen Kirchenmusik festlich zu begehen, ist von der Reichskirchenregierung an die Landeskirchenbehörden und von dort an alle Gemeinden weiter geleitet worden.

